

Maßnahmen der betrieblichen Rationalisierung

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeitnehmerschaft den Rationalisierungsmaßnahmen ablehnend oder zumindest passiv gegenübersteht. Diese oft instinktiv empfundene Abneigung ist in einem erheblichen Umfange aus dem bisherigen Ablauf der Rationalisierungsarbeit zu erklären. Die Rationalisierung hat bis heute ihren Schwerpunkt im Betrieb. In der geschichtlichen Entwicklung ist die ständige Verbesserung der betrieblichen Produktionstechnik eine der frühesten und nachhaltigsten Maßnahmen gewesen, die in der Arbeitnehmerschaft mit dem Begriff Rationalisierung verbunden sind. Die ersten technischen Revolutionen des vorigen Jahrhunderts zeichnen sich gerade dadurch aus, daß immer neue Maschinen die bisher von Menschenhand geleistete Arbeit verbesserten oder gar ersetzten. „Die Weber“ von *Gerhart Hauptmann* sind ein sinnfälliges Dokument dieser Zeit.

Aus der Perspektive des Arbeitnehmers war die Rationalisierung ferner so verlaufen, daß die Menschen für diejenigen Arbeiten eingesetzt wurden, die die Maschinen nicht mehr leisten konnten, ohne genau zu überlegen, ob die Tätigkeit der menschlichen Arbeitskraft angepaßt war. Hier wird vom Arbeitnehmer die Forderung gestellt, daß die Maschine dem Menschen die Arbeit erleichtern soll. Dasselbe gilt für jedes Arbeitsgerät. Nicht der Mensch soll sich dem Arbeitsgerät anpassen, sondern umgekehrt muß das Arbeitsgerät den menschlichen Bedingungen gerecht werden. Der Führer eines Straßenbahnwagens z. B. kann ebenso wie der Autofahrer sitzen und braucht nicht acht Stunden lang zu stehen. Das Personenauto sollte überhaupt ein Vorbild sein. Jahr für Jahr werden neue Typen auf den Markt gebracht, die dem Fahrer und seinen Mitfahrern das Leben so bequem wie möglich machen. Der Arbeitsplatz des Arbeitnehmers bietet sicherlich ebenso viele Möglichkeiten für die unternehmerische Phantasie, um den Arbeitsvorgang für den Einzelnen zu erleichtern. So ist z. B. im innerbetrieblichen Transportwesen noch manche Verbesserung möglich. Trotz weitgehender Maschinisierung ist der Anteil der Handarbeit auf dem Gebiet des Materialtransports bei uns immer noch verhältnismäßig hoch.

Aber nicht die Maschine allein ist das Merkmal der Rationalisierung. Der Arbeiter in der Produktion erlebt sie täglich durch die ständige Verbesserung der Betriebsorganisation, durch weitere Zerlegung der Funktionen, durch Spezialisierung und Vereinfachungsmaßnahmen aller Art. Diese an sich jeder Betriebstätigkeit eigene Aufgabe tritt uns als systematische Methode der Rationalisierung insbesondere seit der Jahrhundertwende entgegen. In der nun einsetzenden Phase der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ sollte durch genaueste Zeitausnutzung, durch technische Vervollkommnung der Fertigung, durch sorgfältig ausgeklügelte Lohnstaffelung und durch eine rationelle Organisation des ganzen Betriebes ein maximaler Wirkungsgrad der technischen Ausrüstung und der Belegschaft erreicht werden. Die Arbeiter wehrten sich gegen diese technizistische Rationalisierung der menschlichen Arbeit in der verschiedensten Weise.

Man lernte später den Menschen nicht nur als Objekt, sondern auch in seiner Stellung als Subjekt sehen. Die Erfahrung zeigte, daß sich der Arbeiter gegen alle Maßnahmen stemmt, die ihm von außen aufgezwungen werden, bei denen er nicht in irgendeiner Form zur Lösung und praktischen Durchführung mit herangezogen wird. Es entwickelten sich die verschiedensten Methoden der Betriebspolitik, um dem Arbeiter als Individuum gerecht zu werden. Die Forschungen über den arbeitenden Menschen, die nachgerade zu einer Bewegung der „human relations“ geworden sind, ließen bald erkennen, daß die Untersuchung des einzelnen Individuums nicht ausreichte; man entdeckte den Betrieb als eine soziale Gruppe, die mit anderen Kollektiven

tivgebildet unsere menschliche Gesellschaft formt. Im Sinne eines heute noch sehr verbreiteten herkömmlichen patriarchalischen Denkens wird diese Frage allerdings zu betriebsgeozentrisch gesehen. Der Arbeiter soll in die Betriebsfamilie, in die Werks-gemeinschaft eingegliedert werden, um ihm hiermit eine zweite Heimat zu geben, indem er sein Interesse mit dem des Betriebes identifiziert.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Mensch als Arbeitnehmer nicht nur zum Betriebskollektiv gehört, wenn wir nicht eine Industriegesellschaft wollen, in der nur noch die Betriebe die Zellen unserer Gesellschaft bilden. Wir müssen uns bewußt sein, daß es noch andere menschliche Gruppen gibt, in denen der Arbeitnehmer sein Leben verbringt, sei es die Familie, die Religionsgemeinschaft, die Gewerkschaft, seine politische Partei oder wie sonst auch die Gruppe heißen mag, in der er sich außerhalb seiner betrieblichen Arbeit einordnet. In diesem Zusammenhang sei besonders darauf hingewiesen, daß die betriebliche Ordnung in einem sinnentsprechenden Beziehungs-verhältnis zur Gesamtordnung stehen muß. Es kann keine Demokratie aufgebaut werden, wenn wir z. B. in unseren Betrieben nach den Methoden des aufgeklärten Absolutismus arbeiten.

Weitere Erkenntnisse brachte die allmählich aufkommende Arbeitsphysiologie. Sie befaßte sich mit der rein körperlichen Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen, mit der im vorigen Jahrhundert wie mit den Rohstoffen weitgehend Raubbau getrieben wurde. Es wurden Untersuchungen über die Ermüdung, über die Arbeitsdauer, die Notwendigkeit von Pausen, über die Erschwernisse durch die Arbeitsumgebung, über die notwendigen Nahrungsmittel angestellt, um von der physiologischen Verfassung des Arbeiters her auch die optimalen Voraussetzungen zu finden. Man erkannte, daß das psychologische Optimum nicht immer mit dem physiologischen Optimum zusammenfällt. So unbestreitbar Fortschritte zu verzeichnen sind, so steht ebenso fest, daß noch vieles zu tun bleibt, um den Arbeitsplatz und die Arbeitsbedingungen der Leistungsfähigkeit des Einzelnen anzupassen.

Problematik der kurzfristigen Rationalisierungsfolgen

Die bisherige Untersuchung über die Stellung des Arbeitnehmers in der Produktion zeigte uns, daß die Rationalisierungsmaßnahmen auf betrieblicher Ebene nur begrenzt wirksam sind und immer wieder auf Schwierigkeiten in der Arbeitnehmerschaft stoßen.

Die Epoche der Maschinenstürmern ist wohl neuen Erkenntnissen gewichen. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß nicht zuletzt die Maschinisierung eine der entscheidenden Grundlagen für die Steigerung des Sozialproduktes ist. Dennoch hat sie immer noch ein Gefühl der Reserve. Dabei ist die Maschine als solche weniger verdächtig, als die durch sie verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen.

Es besteht ein großer Unterschied zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Auswirkungen der Rationalisierung. Wenn man Rationalisierungsfolgen über längere Zeiträume hinweg betrachtet, zeigt sich, daß durch eine Verbilligung und Erweiterung der Produktion die Lebenshaltung gestiegen ist und neue Arbeitsplätze für die durch die Entwicklung des technischen Fortschritts überflüssig gewordenen Arbeitskräfte geschaffen wurden.

Kurzfristig ergeben sich jedoch oft Störungen, die die Arbeitnehmer in erster Linie zu spüren bekommen. So sehr z. B. durch die kontinuierlichen Walzenstraßen, neuere Buchungs- und Rechenmaschinen usw. die Leistung gesteigert, Arbeitskräfte gespart werden, weiß der Einzelne, der hiervon betroffen wird, nicht immer, was er tun soll. Ganze Arbeitsgruppen müssen ihre Berufe ändern; wenn sie nicht sogar zeitweilig arbeitslos werden. In einem Großunternehmen im Ruhrgebiet soll z. B. eine

kleine Nebenfertigung, die bis jetzt an zwei verschiedenen Stellen vorhanden ist, aus Gründen der Rationalisierung zusammengelegt werden. Die Arbeiterschaft des einen Werkes sträubt sich sehr dagegen, obwohl sie unmittelbar nicht beschäftigungslos wird. Was ändert sich für den Einzelnen? Auf jeden Fall bekommt er einen anderen Arbeitsplatz, andere Arbeitskameraden. Vielleicht muß er seine Wohnung wechseln. Er beurteilt die Chancen seiner neuen Tätigkeit schlechter usw. Demgegenüber wird argumentiert, daß eben aus dem höheren Zweck heraus Opfer in Kauf genommen werden müssen. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften lassen bis zu einem gewissen Grad eine solche Argumentation gelten, fragen allerdings, ob dieser höhere Zweck auch sonst immer Richtschnur des Handelns ist. Außerdem sind sie der Meinung, daß mit gutem Willen mehr getan werden könnte, als es praktisch geschieht.

In einem Großbetrieb besteht z. B. eine Betriebsvereinbarung, wonach bei Rationalisierungsmaßnahmen für eventuell freiwerdende Arbeiter zunächst neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Derartige Sicherheitsmaßnahmen für die Belegschaft sind im betrieblichen Rahmen nur sehr begrenzt möglich. Hier setzt eine der wichtigsten Aufgaben der amtlichen Wirtschaftspolitik ein. Von den realen Verhältnissen ausgehend, muß sie sich Mittel und Wege überlegen, um die Auswirkungen der betrieblichen Rationalisierung in der richtigen Weise mit den Forderungen der Arbeitnehmer abzustimmen. Die Tatsache größerer Erwerbslosenzahlen spielt dabei eine große Rolle, weil sie den Arbeiter immer wieder schreckt, wenn sich seine Arbeitsmöglichkeiten ändern. Hier zeigt sich auch die Verzahnung der Rationalisierung mit der Sozialpolitik. Bei menschenwürdigen und ausreichenden Unterstützungssätzen hat vorübergehende Erwerbslosigkeit mehr Aussicht ertragen zu werden, als es sonst der Fall ist.

Notwendige Voraussetzungen der Produktivitätssteigerung

Der wichtigste Faktor für eine rationelle Produktivitätssteigerung ist die gleichbleibende möglichst hohe Stückzahl eines Erzeugnisses. Moderne, stark mechanisierte Produktionsverfahren verlangen zur Amortisation der hohen Investitionskosten eine ausreichende Kapazitätsausnutzung. Der Vorsprung vieler Zweige der amerikanischen Industrie in bezug auf rationelle Fertigung beruht auf der wesentlich höheren Stückzahl der einzelnen Erzeugnisse. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, in viel größerem Umfang als bisher unsere Produktion zu normen und zu typisieren. Die Vielzahl von Sorten und Typen auf zahlreichen Gebieten unserer Wirtschaft ist nur zu geläufig.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, sich einmal zu vergegenwärtigen, was Amerika nach dem ersten Weltkrieg getan hat. Unter dem Druck der Verhältnisse — vor allem war es der starke Anstieg der Lebenshaltungskosten — wurde 1921 ein „Ausschuß zur Bekämpfung industrieller Verlustquellen“ (Waste in Industry) ins Leben gerufen. Dieser Ausschuß führte in zahlreichen Industriezweigen Untersuchungen durch, um Mittel und Wege für eine Senkung des ungewöhnlich hohen Kostenniveaus zu finden. Es wurde damals geschätzt, daß die Wirtschaftlichkeit in der amerikanischen Industrie im großen Durchschnitt höchstens 50 vH des möglichen Höchstwertes erreichte.

Die Untersuchung ergab, daß, wie bei uns heute noch, das Hauptübel die allzu große Vielfalt der erzeugten Produkte war, was zwangsläufig zu einem niedrigen Produktionsergebnis bei hohen Kosten führte. Es wurde auch klar erkannt, daß dieser Zustand auf das Bestreben einzelner Produzenten zurückzuführen war, sich durch die Reichhaltigkeit des Warenangebotes einen möglichst hohen Anteil am Absatzmarkt zu sichern. Diese Erfahrung konnten wir nach 1948 selbst wieder sehr anschaulich durchmachen. Aber noch ein weiteres Problem wurde durch die Untersuchung auf-

gezeigt: die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen aufeinander angewiesenen Industriezweigen.

Der Ausschuß empfahl daher eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Zusammenarbeit und zur Vereinfachung der Produktionsspanne. Die amerikanische Industrie hat aus dieser Erkenntnis die entsprechende Konsequenz gezogen; sie hat ihr Produktionsprogramm danach ausgerichtet und damit ihre Produktivität in besonderem Maße gefördert. In Deutschland hat unsere Wirtschaft derartige Maßnahmen aus eigener Initiative noch nicht ergriffen, und es ist zu bezweifeln, daß sie es jemals tun wird. Ein anschauliches Beispiel bietet uns hierfür die Wärmewirtschaft. So wäre es ohne weiteres möglich, mehrere Millionen Tonnen Kohle in der Industrie einzusparen, wenn man sich bequemen würde, bei der Verwendung von Energie etwas sparsamer zu sein.

In der Diskussion über Typen- und Sortenbeschränkung wird meistens die Frage aufgeworfen, daß die besonderen Lebens- und Kaufgewohnheiten der einzelnen Völker und die Größe des Marktes zu beachten sind, wenn man z. B. den Vergleich mit Amerika zieht. Es ist zweifellos richtig, daß wir in der uns überkommenen Ordnung bei einzelnen Verbrauchern Vorstellungen über den Verbrauch haben, die nicht immer den gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen. Wir müssen uns aber ebenso fragen, ob das so bleiben soll. Sind die oft überspitzten Ansprüche einzelner kaufkräftiger Gruppen rationeller als die billige Versorgung der breiten Bevölkerungsschichten mit qualitativ guten Konsumartikeln? Für die breite Masse der Arbeitnehmer liegen die Dinge sowieso einfacher. Wenn der Arbeitnehmer die Hälfte seines Einkommens für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben muß, bleibt so wenig für Kleidung und Hausrat, Körper- und Gesundheitspflege übrig, daß die Auswahl zwangsläufig durch das Geld begrenzt ist.

Beteiligung am Rationalisierungsgewinn

Der Arbeiter ist nicht nur Produzent, sondern zugleich Verbraucher. Als solcher steht er immer wieder vor der Tatsache, daß er mit seinem Einkommen meist das nicht kaufen kann, was er gern kaufen möchte, weil es für ihn zu teuer ist. Dies spiegelt sich gesamtwirtschaftlich in der Erscheinung wider, daß die Einkommen in den verschiedenen sozialen Gruppen verschieden hoch sind. Ein Blick auf die Höhe der Arbeitnehmereinkommen zeigt, daß auch heute noch mehr als 40 vH aller abhängigen Erwerbstätigen ein Monatseinkommen von höchstens 250 DM haben. Noch geringer sind die Einkünfte, die in den meisten Fällen den Millionen Rentnern in der Sozialversicherung und den Unterstützungsempfängern zufließen.

Die Umsätze des Einzelhandels zeigen deutlich, wie stark immer noch der Druck ist, unter dem die Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung in den letzten Jahren gestanden hat und heute noch steht. Nur sehr langsam nähert sich die Massenkaufkraft unserer Bevölkerung wieder dem Vorkriegsstand. Der Nahrungsmittelumsatz je Kopf der Bevölkerung liegt heute immer noch um 15 vH unter dem, was 1938 verzehrt wurde. Der Umsatz von Bekleidung und Wäsche bleibt um 30 vH hinter dem zurück, was in der Vorkriegszeit an diesen Gütern umgesetzt werden konnte.

Der Arbeitnehmer sieht weniger die absoluten Zahlen, die selbstverständlich auch für ihn eine Verbesserung von Jahr zu Jahr gebracht haben. Er sieht vor allem die verschiedenartige Entwicklung, was für ihn deshalb bedeutsam ist, weil er ja unmittelbar in der Produktion steht und nicht immer begreift, warum das Ergebnis in vielen Fällen so unterschiedlich verteilt wird.

BETRIEBLICHE RATIONALISIERUNG

Es ist für den Arbeitnehmer als Verbraucher ebenso aufschlußreich, wie es mit der Kaufkraft seines Lohnes im Vergleich mit anderen Ländern bestellt ist. Das Arbeitsministerium der USA hat eine vergleichende Studie über Industriearbeiterlöhne und Nahrungsmittelpreise in einer Reihe von Ländern veröffentlicht. Die Studie geht vom Stand Ende 1951/Anfang 1952 aus und errechnet u. a. einen Index der Kaufkraft eines Arbeiterstundenlohnes ohne Familienzulagen. Die USA mit 100 angenommen, ergibt bei den einzelnen Ländern folgenden Kaufkraft-Index je Arbeiterstunde: Norwegen 71, Großbritannien 65, Dänemark 62, Schweiz 48, Westdeutschland 42, Frankreich 36, Österreich 30, Italien 26.

In seiner Eigenschaft als Konsument spürt der Arbeitnehmer besonders) inwieweit sich seine Arbeit in der Produktion auch tatsächlich beim letzten Verbraucher auswirkt, für die ja schließlich nur gewirtschaftet werden sollte. Er weiß natürlich, daß ihm nicht jede einzelne Teilrationalisierungsmaßnahme unmittelbar zugute kommen kann. Die Arbeitnehmerschaft hat aber ein Gefühl dafür, daß die Summe der Rationalisierungsmaßnahmen im ganzen eine Produktivitätssteigerung des Betriebes mit sich bringt und in welchem Umfang sie daran beteiligt bzw. nicht beteiligt ist.

Die Ergebnisse der Rationalisierung können grundsätzlich in folgender Weise verteilt werden:

1. Der Rationalisierungsgewinn kann in Arbeitserleichterungen und Arbeitszeitverkürzungen seinen Ausdruck finden.
2. Die Arbeitnehmerschaft kann am Rationalisierungsgewinn beteiligt werden, indem sie laufend mit Lohnsteigerungen an der Produktivitätssteigerung ihres Betriebes teilnimmt. Die Formen, in denen dies möglich ist, sind recht vielfältig.
3. Schließlich können mit der ständigen Steigerung der Produktivität die Preise der Produkte gesenkt werden.

Die wichtigste Frage für den Verbraucher ist, wie es möglich ist, die Rationalisierungsgewinne über ständige Produktionssteigerung zu billigeren Preisen auf die gesamte Verbraucherschaft zu verteilen.

Das Versagen der Marktwirtschaft

Nach dem Modell der Marktwirtschaft, in der die Marktbeziehungen von Produzenten und Verbrauchern über den sich frei bildenden Preis reguliert werden, soll jeder Rationalisierungserfolg durch den Wettbewerb letztlich immer wieder dem Verbraucher zufließen. Die Praxis zeigt jedoch ein völlig anderes Bild, das vor allem durch die Tatsache des beschränkten Wettbewerbs gekennzeichnet ist. Auf der Verbraucherseite haben wir nicht die modellgerechte Vielzahl von Käufern mit gleicher Beweglichkeit und gleichen Chancen. Die bereits erwähnte differenzierte Einkommensschichtung schafft praktisch zwei sehr unterschiedliche Verbrauchergruppen. Die Verbrauchserhebungen zeigen immer wieder, daß der Arbeiterhaushalt einen umfangreichen unelastischen, starren Bedarf aufweist. Dies ist derjenige Teil der Einkommensverwendung, der aus Gründen einer bescheidenen Lebenshaltung in jedem Falle ausgegeben werden muß und so dem Käufer keine weite Auswahl ermöglicht.

Dem steht die kleinere Schicht höherer Einkommensbezieher gegenüber, bei denen der starre Bedarf das Gesamteinkommen in einem viel geringeren Maße beansprucht, so daß der übrige Teil für die Güter des elastischen Bedarfs und des Luxus verwendet werden kann.

Von der Produktion her müssen wir feststellen, daß durch die Vielzahl der Sorten und Qualitäten dem Käufer die Marktübersicht fast völlig genommen wird, so daß wir es auch hier nicht mehr mit den im Modell der Marktwirtschaft geforderten

homogenen Waren zu tun haben, die gegenseitig ersetzt werden können und so erst die für den Wettbewerb erforderliche freie Auswahl gestatten. Es gibt keinen besseren Beweis für diese Tatsache als den Versuch, dem Mangel an Marktübersicht durch Gütesicherung und Gütekontrolle zu begegnen. Da der Konsument nicht mehr in der Lage ist, alle Waren zu prüfen, versucht man ihm durch Konsumentenorganisationen, Warenprüfstellen zu helfen. Bisher sind diese Maßnahmen des Verbraucherschutzes allerdings kaum wirksam gewesen.

Man sollte deshalb Realist genug sein, zu erkennen, daß das Modell der nur am Preis orientierten Marktwirtschaft an zahlreiche Voraussetzungen geknüpft ist, die in der Praxis nur beschränkt vorhanden sind. Die Diskussion um das neue Kartellgesetz beweist am besten, daß weite Kreise der Wirtschaft selbst nicht an die Möglichkeiten des ungebundenen freien Wettbewerbs glauben. Die wirtschaftliche Entwicklung hat dahin geführt, daß wir nur in einem begrenzten Umfang freie Märkte haben. Dies gilt sowohl für die Angebots- wie für die Nachfrageseite.

Es ist im übrigen beachtlich, wie sich unsere Bundesrepublik verhält, wenn sie selbst als Verbraucher auf diesen konkurrenzbeschränkten Märkten auftritt. Kaum sind Rüstungsaufträge in Sicht, wird fleißig an einer neuen Auflage der Richtlinien für die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen gearbeitet. Zur Zeit werden die ersten Referentenentwürfe öffentlich diskutiert. Ebenso aufschlußreich sind die Begründungen hierfür. „Es mag erstaunlich erscheinen, daß in Zeiten, die die Befreiung der Wirtschaft von allen einengenden Vorschriften auf ihre Fahne geschrieben hat, eine solche Neuregelung erfolgt. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus der Materie des öffentlichen Auftragswesens von selbst. Umfang und Spezialisierung der Leistungen für den öffentlichen Auftraggeber und die Problematik des möglichen Monopolanbieters bzw. Monopolabnehmers lassen die Aufstellung von Grundsätzen und Regeln, nach denen sich im Verkehr zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen abwickeln soll, unerlässlich erscheinen.“¹⁾ Man will natürlich bemüht sein, soweit wie möglich dem Gedanken der Marktwirtschaft den Vorrang zu geben.

Wir haben gesehen, wie auch im Bereich des Massenkonsums die Wettbewerbswirtschaft nur begrenzt funktioniert, so daß die Frage zu stellen ist, ob hier nicht in ähnlicher Weise eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben werden müßte; sei es, daß man entsprechende Richtlinien für die Produktion und die Preisbildung bei Gütern des Massenbedarfs oder andere Wege überlegt, um die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten wirksam zu heben. Die moderne Wirtschaftspolitik kennt eine ganze Skala möglicher Maßnahmen, die nichts mit der in diesem Zusammenhang zitierten Bezugscheinwirtschaft zu tun haben.

Lohnerhöhungen, eine notwendige Maßnahme der Selbsthilfe

Unter diesen Umständen sind die Forderungen der Arbeitnehmer auf Erhöhung der Löhne — als eine direktere Form der Beteiligung an der Produktivitätssteigerung — anders zu sehen als unerwünschte Störungen eines volkswirtschaftlichen Prozesses oder gar als eine einseitige Maßnahme ohne Rücksicht auf andere Schichten der Bevölkerung. Wenn unsere bisherige Wirtschaftspolitik den Wiederaufbau nicht zuletzt dadurch erzielte, daß Löhne und Gehälter niedrig, die Preise dagegen hoch waren, und die jetzt dringend gewordene Korrektur dem unvollkommen funktionierenden Mechanismus der Wettbewerbswirtschaft überlassen will, dann ergibt sich für die Arbeitnehmerschaft die Forderung nach Lohnerhöhung als eine dringende Selbstverständlichkeit, womit sie gleichzeitig das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellt.

1) Pribilla: Ablösung der LSO durch die LSP in „Der Betrieb“ 1952 Seite 1014.

BETRIEBLICHE RATIONALISIERUNG

Bei Lohnforderungen der Arbeitnehmer wird gern mit den volkswirtschaftlichen Auswirkungen argumentiert. Diese Hinweise zeigen richtig die Komplexität aller Vorgänge. Es dient allerdings nicht der Förderung des Rationalisierungsgedankens, wenn die Arbeitnehmer bei ihren Forderungen immer wieder an die volkswirtschaftlichen Auswirkungen erinnert werden, während dies sonst nicht geschieht. Für die Unternehmungen sollte diese Argumentation nicht an erster Stelle stehen. Sie sollten sich vielmehr aus eigener Initiative überlegen, welche Möglichkeiten gegeben sind, die gewünschten Lohnerhöhungen ohne Preiserhöhung zu erarbeiten. Vielleicht ist der neue republikanische Verteidigungsminister der USA, *Charles E. Wilson*, der bisherige Generaldirektor der General Motors Corporation, ein Vorbild. Sein Leitsatz ist, daß nicht die Preise den Löhnen, sondern die Löhne den Preisen folgen sollen.

Auch bei einer Beschränkung des Themas auf Produktion und Verbrauch wäre noch vieles zu sagen. So müßte vor allem die Steuerfrage angeschnitten werden. Wir dürften allerdings nicht nur die unterschiedlich gestiegenen Steuern auf Lohn und Einkommen untersuchen, sondern ebenso die sich ständig erhöhenden indirekten Steuern mit den sich hieraus ergebenden Problemen. Es müßte ferner der ganze Fragenkreis der Verteilung angesprochen werden. Weiter wäre vieles zu sagen über die landwirtschaftliche Produktion und ihre Rationalisierung, über die Geld- und Kreditpolitik im Zeichen der Rationalisierung von Produktion und Verbrauch. Dergleichen müßte auf die notwendige Rationalisierung in der öffentlichen Verwaltung hingewiesen werden.

Wir sehen deutlich, daß Rationalisierung nicht auf einen Zweig der Wirtschaft allein beschränkt sein kann. So kann z. B. die Rationalisierung in der Industrie dadurch zunichte gemacht werden, daß in anderen Zweigen der Wirtschaft und der Gesellschaft nicht mit den gleichen Konsequenzen und Planmäßigkeiten rationell gedacht und gehandelt wird.

Wir erwähnten eingangs, daß die Arbeitnehmerschaft allen Rationalisierungsmaßnahmen mit Skepsis gegenübersteht. Wir sahen, wie sich diese Haltung aus den Erfahrungen ergab, die die Arbeitnehmer gemacht haben. Wir mußten dann erkennen, daß das Ergebnis entscheidend abhängig ist von den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Rationalisierung, so sehr die einzelnen Maßnahmen praktisch eine Angelegenheit des einzelnen Betriebes sein mögen. Gerade die Arbeitnehmerschaft erlebt die Rationalisierung nicht nur in der Produktion, sondern gleichzeitig auch als Verbraucher und kann unmittelbar feststellen, in welchem Umfang sich alle Anstrengungen praktisch gesamtwirtschaftlich auswirken. Die einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen, können nur dann zu einem gesamtwirtschaftlichen Erfolg führen, wenn sie in der richtigen Weise auf die Faktoren Mensch, Betrieb und Gesamtwirtschaft abgestimmt sind.

Der Standpunkt der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften läßt sich dahin zusammenfassen: *Oberstes Ziel ist eine optimale Steigerung des allgemeinen Lebensstandards. Um dies zu erreichen, kommt es darauf an, daß eine höchstmögliche Erzeugung ohne stärkere Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft erreicht wird, eine steigende Kaufkraft und volle Beschäftigung gewährleistet sind, die menschliche Arbeit nach Möglichkeit erleichtert wird.*